

ten des Präsidentschaftswahlkampfes eine wichtige Rolle spielen. Der bei den Republikanern führende Kandidat und frühere Bürgermeister von New York Rudolph Giuliani, der sich vom Urvater der Neokonservativen, Norman Podhoretz, sicherheitspolitisch beraten lässt, hat sehr deutlich seine Bereitschaft erklärt, Irans Atomprogramm notfalls militärisch zu stoppen. Ähnlich, wenn auch etwas zurückhaltender, hat sich Mitt Romney positioniert. John McCain ist der Ansicht, ein mit Kernwaffen ausgerüsteter Iran sei gefährlicher als ein Krieg gegen dieses Land. Der Demokrat Barak Obama hingegen möchte auf höchster Ebene mit dem Iran sprechen. Hillary Clinton will zumindest die Möglichkeiten eines direkten Dialogs mit dem

Iran ausloten. Doch gerade demokratische Präsidenten wollen nicht schwach erscheinen. Sie müssen zudem mehr noch als die Republikaner die jüdische Wählerschaft berücksichtigen. Hillary Clinton jedenfalls benutzt dieselben Formulierungen wie Präsident Bush, wenn sie meint, alle Optionen müssten auf dem Tisch bleiben.

Die Sicherheitsstrategie der EU stellt fest, dass die Verbreitung von Atomwaffen auch für Europa eine der größten Bedrohungen ist. Um ihr wirksam zu begegnen, ist die Zusammenarbeit mit den USA erforderlich. Das wird auch in der Zukunft nicht unbedingt einfacher werden, unabhängig davon, wer ins Weiße Haus einziehen wird.

Hans-Peter Riese

Systemversagen

Versuch einer vorläufigen Bilanz der Ära George W. Bush

Das negative Image des amerikanischen Präsidenten in Europa scheint unveränderbar. Der Irak-Krieg wird die Bewertung seiner Amtszeit dominieren. Doch war Bush nicht von Anfang an der »Kriegstreiber«, als der er hier gerne gesehen wird. Auch ein enormer Erwartungsdruck in der Bevölkerung und eine breite Unterstützung im Senat und in den Medien unterdrückten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 jegliche öffentliche Debatte über Krieg oder Frieden. Welchen Platz in der Geschichte wird George W. Bush also einnehmen?

Wer den amerikanischen Vorwahlkampf aufmerksam beobachtet, der macht eine zumindest für Europäer irritierende Erfahrung. Im letzten Jahr der zweiten Amtszeit von Präsident Bush gibt es große Stimmungsschwankungen. Vor wenigen Monaten war der US-Präsident in Umfragen auf einen weit unter fünfzig Prozent gesunkenen Tiefpunkt gerutscht, im Herbst 2007 stabilisierten sich die Werte wieder. Zwar erreichen sie bei Weitem nicht wieder die früheren Höchstwerte, aber sie veranlassen die *presidential hopefuls* doch in

ihrer Kritik am Präsidenten, und vor allem am Irak-Krieg, vorsichtiger zu sein.

Tatsächlich hat sich die Sicherheitslage



Hans-Peter Riese

war u.a. Korrespondent in Prag und Washington sowie Hörfunk-Chefredakteur beim Hessischen Rundfunk.

im Irak verbessert, haben die Ankündigungen von ersten Truppenreduzierungen und die offensive Vermarktung eines neuen Sicherheitskonzeptes für Bagdad und den Irak insgesamt einen leichten Stimmungsumschwung in der Bevölkerung bewirkt.

Das ist wieder einmal ein Indiz dafür, wie schnell sich in den USA, zumal in Wahlkampfzeiten, die Stimmung in der Bevölkerung und damit auch die Bewertung der Politik eines amtierenden Präsidenten ändern. Beobachter der amerikanischen Politik in Europa, zumal der Innenpolitik, nehmen solche Veränderungen allerdings selten wahr. Ein typisches Beispiel aus der Geschichte ist, wie sehr seinerzeit die politischen Leistungen eines Präsidenten Ronald Reagan – zumal durch die Presse in Deutschland – unterbewertet wurden. Das änderte sich erst mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Und dass Reagans Forderung an Präsident Gorbatschow, die Berliner Mauer einzureißen, was viele als naiv ansahen, tatsächlich in Erfüllung ging.

Demokratie für die Völker der Welt

Das negative politische Image von Präsident George W. Bush hingegen scheint in Europa seit dem amerikanischen Einmarsch in den Irak unveränderbar. Die Missachtung der Menschenrechte durch die USA in Guantánamo und Abu Grahib, die aggressive Betonung der amerikanischen militärischen Überlegenheit bis hin zur Reklamierung des Rechtes auf einen *preventive strike*, also dem Recht militärisch auch dann einen Staat anzugreifen, wenn dieser seinerseits keine Kriegsvorbereitungen gegen die USA getroffen hat, vom amerikanischen Präsidenten aber als »gefährlich« oder als Bedrohung eingestuft wird.

Es ist keine Frage, dass ein Präventivschlag, wie ihn der Krieg gegen den Irak

darstellt, nur von einer weit überlegenen Macht ausgeführt, und eigentlich nicht in einem Bündnisystem abgestimmt werden kann. Sicherlich fehlen uns heute, während Bush noch im Weißen Haus amtiert, wesentliche Informationen, um die Vorgeschichte dieses die Präsidentschaft fast ausschließlich politisch definierenden Krieges sicher rekonstruieren zu können. Die mittlerweile zahlreichen Memoiren ehemaliger Angehöriger der Bush-Administration und Bob Woodwards Bücher, vor allem seine Darstellung der Kriegsentcheidung (*Plan of Attack*), lassen doch eine vorsichtigeren Einschätzung zu, die allerdings von vielen Beobachtern und Kommentatoren in Europa, vor allem in den Ländern, die den Krieg von Anfang an abgelehnt haben, längst zu einem Klischee geronnen zu sein scheint. So ist z.B. vor allem aus dem Buch von Woodward zu lernen, dass Bush keineswegs von Anfang an ein »Kriegstreiber« war, wie dies vielerorts dargestellt wird. Im Gegenteil, im Wahlkampf gegen Al Gore beispielsweise lehnte Bush den Begriff und die Praxis des *nation building* strikt ab. Zur Begründung des Irak-Krieges nahm er dagegen in seiner Verteidigung gerade zu diesem Begriff Zuflucht, indem er ihn mit einem idealistischen, ur-amerikanischen Anliegen verband, nämlich allen Völkern dieser Welt die Demokratie zu bringen.

Eine Orgie von »patriotischem Konformismus«

Aber um die Präsidentschaft von Bush beurteilen zu können, muss man vor allem den Anschlag vom 11. September 2001 und seine psychologischen Auswirkungen auf die amerikanische Bevölkerung und auf die Politik analysieren. Wer diesen Tag in den USA erlebt hat, wird den Schock nicht vergessen, unter den das Volk geriet. Nicht einmal die Erinnerung an Pearl Harbour konnte in Wahrheit als Vergleich ge-

nügen. Der japanische Angriff auf den Militärstützpunkt auf Hawaii hatte sich weit außerhalb des amerikanischen Festlandes abgespielt und, was noch wichtiger ist, es war ein Angreifer, der als Staat identifizierbar und gegen den ein Krieg insofern legitim war.

Der Angriff Al Qaidas auf New York hatte dagegen vollkommen andere Kriterien. Er traf vor allem die USA gänzlich unvorbereitet und deshalb an ihrem Lebensnerv. Die erste Reaktion der Bush-Administration, nämlich das militärische Eingreifen in Afghanistan, einem Land, in dem die fundamentalistische Regierung der Taliban sich als Schutzmacht der Terroristen bekannte, konnte von Bush noch als Bündnisaktion organisiert werden, zumal die NATO zum ersten Mal ihren Artikel 5 in Kraft setzte, also einen Bündnisfall annahm. In Washington und den Vereinigten Staaten insgesamt wurde das als machtvoller Beginn einer Offensive gegen den »internationalen Terrorismus« angesehen, und von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Institutionen gut geheißt. Bush erhielt sensationelle Werte von 90 % Zustimmung in den Umfragen. Dennoch dauerte es noch mehr als ein Jahr, bis Bush den Befehl zum Angriff auf den Irak gab. Heute erinnern viele Kommentatoren an Jimmy Carter und seine damalige Weigerung, die amerikanischen Geiseln aus Teheran militärisch zu befreien. Vergessen wird dabei, dass ihn das praktisch seine Wiederwahl gekostet hat. Bush befand sich, was immer der Entscheidung an inneren Debatten vorausgegangen sein mag, in einer Phase, in der die Bevölkerung von ihm »action« erwartete, und das heißt in den USA und angesichts seiner militärischen Dominanz nach dem Ende des Kalten Krieges nichts anderes als Krieg.

Bush hatte den Kampf gegen den Terrorismus schon seit dem 11.9. als Krieg bezeichnet und damit rhetorisch dem Angriffskrieg den Boden bereitet. Widerstand gab es praktisch nicht. Wer damals als Kor-

respondent in den USA versuchte, inneramerikanische Unterstützung in den Medien oder der Politik für die ablehnende Haltung in Deutschland zu finden, der sah sich einem mühsamen Geschäft gegenüber. Mit 77 zu 23 Stimmen stellte sich der Senat hinter die Kriegsentscheidung von Bush und auch die aussichtsreichste Präsidentschaftskandidatin der Demokraten für das Jahr 2008, Hillary Clinton, war unter den 77. Nur Edward Kennedy erhob immer wieder seine warnende Stimme, aber sie verhallte in einer Orgie eines »patriotischen Konformismus«, wie Klaus Schwabe in seinem ausgezeichneten Buch über *Weltmacht und Weltordnung* schreibt, in dem er die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik analysiert. Tatsächlich ist ihm zuzustimmen, wenn er beklagt, dass eine öffentliche Debatte, eine angemessene Auseinandersetzung angesichts einer Entscheidung über Krieg und Frieden, wahrscheinlich zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte, gänzlich ausblieb.

Die Rolle der Medien

Es gehört zu den Schwierigkeiten der Beurteilung amerikanischer Politik, zumal der Außenpolitik, dass Europäer dazu neigen, diese mit den Kriterien der europäischen Politik der Diplomatie und des diplomatischen Ausgleichs zu bewerten. Aber Schwabe ist zuzustimmen, dass es eine Konstante amerikanischer Außenpolitik, man könnte auch sagen, amerikanischer politischer Philosophie gibt, die auch Bush – zumindest zu Beginn des Irak-Krieges – eingehalten hat. Immerhin waren über 60 Prozent der Amerikaner überzeugt, dass Saddam Hussein etwas mit dem Terrorismus zu tun hatte. Die vollkommen unkritische Übernahme der geheimdienstlichen Erkenntnisse, dass er über Massenvernichtungswaffen verfüge, machte es Bush überdies leicht, in dieses Kriegsdesaster zu rutschen.

Nimmt man die Rolle der amerikanischen Medien und des Kongresses in dieser Zeit unter die Lupe, so kann man nicht anders als von einem fundamentalen Versagen des amerikanischen Systems sprechen. Die in der Verfassung so genial angelegte Balance zwischen dem Präsidenten, dem Kongress und dem Obersten Gerichtshof geriet während George W. Bushs Amtszeit in gefährlicher Weise in ein Ungleichgewicht zugunsten des Weißen Hauses. Nicht zuletzt diese mangelnde Kontrolle, vor allem auch durch den *Supreme Court*, die sich erst gegen Ende der zweiten Amtszeit wieder langsam normalisiert, hat zu dem Desaster dieser Präsidentschaft geführt.

Dabei ist es unerheblicher als immer wieder dargestellt, dass die *Neocons*, also die Bewegung einer aggressiven, konservativen Gruppe, der z. B. Ex-Vizeverteidigungsminister Wolfowitz angehört, praktisch die Macht im Weißen Haus übernommen hatten, und dass Bush ihrem Kurs blind gefolgt sei. Viel eher hat sich die konservative Grundmelodie der Politik dieses Präsidenten (die im Übrigen sehr viel stärker ausgeprägt ist als die seines Vaters) mit einer breiten Übereinstimmung in Presse und Bevölkerung zu einer Politik amalgamiert, deren Folgen offenbar weder der Präsident noch seine engsten Berater auch nur annähernd richtig eingeschätzt haben.

Die gravierenden Fehlleistungen dieses Präsidenten, die immer aggressivere Verteidigung und verbale Überhöhungen («Achse des Bösen», »Schurkenstaaten« usw.) zur Folge hatten, prägten vor allem die zweite Amtszeit Bushs. Als das ganze Ausmaß der falschen Kriegsführung und das Scheitern nahezu aller in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen den Terrorismus immer offensichtlicher wurden, hatte sich Bush verbal bereits so weit in eine eigene politische Welt hinein argumentiert, dass eine Umkehr aus seiner persönlich-politischen Sicht einem noch größeren Desaster gleich gekommen wäre.

Historische Einordnung

Aber wie immer in der amerikanischen Politik, geht es einem scheidenden Präsidenten mehr um seinen Platz in der Geschichte als um die aktuellen Probleme. Bush hat im Jahre 2007 mehr auf die Ratschläge der Militärs gehört als früher. Und die ersten Erfolge stellen sich ein. Ein amerikanischer Kommentator machte kürzlich darauf aufmerksam, was wohl die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit sein werde, wenn es einen neuen schweren terroristischen Anschlag in den USA geben würde. Seiner Prognose kann man nur zustimmen, so unverständlich sie einem auch vorkommen mag.

Die Bevölkerung würde erneut einer Strategie zustimmen, sie vielleicht sogar fordern, wie sie Bush nach dem Anschlag vom 11. September eingeschlagen hat, auch mit der Konsequenz eines Krieges. Bettet man die Politik des zweiten Präsidenten Bush in die amerikanische Geschichte, so wird man, wie Klaus Schwabe das mit der gebotenen wissenschaftlichen Zurückhaltung getan hat, manche Kontinuitäten feststellen, die zumindest bis zu Woodrow Wilson zurückreichen, der mit seinem idealistischen Plan, die Welt durch einen Völkerbund zu befrieden, gescheitert war. Bush hat sich von den Vereinten Nationen abgewandt, als der Konflikt zwischen den von ihm einseitig definierten nationalen Interessen der USA, die er, übrigens wie Wilson, als globale Interessen ausgab, an dem Widerstand nicht zuletzt der Verbündeten in der NATO scheiterte. Natürlich bleibt das Spekulation, aber man fragt sich doch, ob eine weniger aggressive, bündnisinterne und nach den Regeln der europäischen Diplomatie geführte Beeinflussung des amerikanischen Präsidenten durch die Staaten Europas diesen nicht vielleicht von seinen Kriegsplänen abgehalten hätte.

Die Präsidentschaft von George W. Bush wird von dem Anschlag des 11. September 2001 und dem Entschluss geprägt

bleiben, in den Irak einzumarschieren und Saddam Hussein zu stürzen. Man wird ihm aber vielleicht in späteren Zeiten, wenn sich die Geschichtsschreibung mit seinen zwei Amtszeiten befassen wird, nicht mehr die moralischen Gründe absprechen, die ihn letztlich zu seinen Entscheidungen veranlasst haben, und die in einer tiefen Religiosität wurzeln, wie sie gerade vom Kern seiner Wählerschaft geteilt wird. Man wird auch nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass sein Vater wegen seiner völkerrechtlich korrekten Weigerung, im ersten Golfkrieg nach Bagdad zu marschieren und Saddam zu stürzen, heftig angegriffen worden ist. Die amerikanischen Präsidenten haben nicht selten das Völkerrecht unter den Primat einer typisch amerikanischen Moralität gestellt und es damit, jedenfalls aus europäischer Sicht, gebrochen oder doch wenigstens verbogen. Kaum je aber ist dieser Gegensatz so offensichtlich geworden, wie in

George W. Bushs Amtszeit. Bis in die Entscheidungen des *Supreme Court* reicht dieser Konflikt, wenn sich etwa das Oberste Gericht der USA weigert, internationale Gerichtsentscheidungen als relevant für die Gerichtspraxis der USA anzuerkennen. Bush hat im Verlauf dieses zunehmenden Ungleichgewichts der politischen und juristischen Institutionen der USA, einschließlich der Presse in ihrer nicht wahrgenommenen Kontrollfunktion, dem Lande international schweren Schaden zugefügt. Er hat seine moralische Glaubwürdigkeit, auf die sich die internationale Autorität der letzten Weltmacht gründet, ebenso beschädigt wie die Fähigkeit des Landes, innerhalb der Weltgemeinschaft und der militärischen Bündnisse einen Führungsanspruch zu erheben. Dies vor allem ist eine Belastung, von der die Präsidentschaft auch die Geschichte, auf die Bush sich so gerne beruft, kaum wird befreien können.

Dick Howard

Medienkampagnen, soziale Bewegungen und Wahlkampfpolitik

Die USA erleben derzeit den frühesten Beginn eines Präsidentschaftswahlkampfes ihrer Geschichte. Nach den innen- und außenpolitischen Desastern in der Regierungszeit von George W. Bush dürfte es auch einer der am bittersten geführten werden. Dabei spielen neben den alten zunehmend auch die neuen Medien eine entscheidende Rolle, aber oftmals verpufft das digitale networking, ohne in die realpolitische Sphäre vorzudringen. Die sozialen Bewegungen und eine Personalisierung der Politik sind nach wie vor wichtige Bausteine für den Erfolg.

Auf Seiten der in den Umfragen klar favorisierten Demokraten stehen die Chancen recht gut, dass die Entscheidung über den Kandidaten in den Vorwahlen (*Primaries*) am *Super Tuesday* (5. Februar) fallen wird, wenn in 22 US-Bundesstaaten die Stimmzettel abgegeben werden, darunter Kalifornien, Illinois und New York. Der Termin liegt fast neun Monate vor dem landeswei-

ten Wahltag und rund sieben Monate vor dem Beginn des heißen Wahlkampfes im September. Denkbar ist eine ähnlich frühe Festlegung auch bei den Republikanern. Aber die Mischung aus regionalen Bewerbern, die verschiedene Teile der äußerst wankelmütigen republikanischen Koalition ansprechen können, lässt ebenso die Möglichkeit offen, dass die »Grand Old